



KV-Verhandlungen Eisenbahn – Arbeitgeber bieten 7% Gehalts-Plus

vida besteht dennoch auf Betriebsversammlungen und eskaliert weiter. Forderung der Gewerkschaft mit plus 18% unrealistisch und unfinanzierbar.

19.10.2022, 9:46



© APCHANEL | ISTOCK.ADOBE.COM

Das Verhandlungsteam der Arbeitgeberseite hat sein Angebot bereits in der ersten Runde am 4. Oktober gelegt und weitere Verhandlungstermine angeboten: "Für mich ist völlig unverständlich, dass unser Angebot über 7% Gehaltserhöhung für die vida tatsächlich die Grundlage für den Abbruch der Gespräche, Betriebsversammlungen und mögliche gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen ist", betont der Obmann des Fachverbandes Schienenbahnen und Chefverhandler der Arbeitgeber, Thomas Scheiber.

Gewerkschaft setzt Ultimatum, statt zu verhandeln

Im Rahmen eines persönlichen Gesprächs der beiden Verhandlungsführer Thomas Scheiber/WKÖ und Günter Blumthaler/vida am 18. Oktober haben die Arbeitgeber ihr Angebot nochmals bekräftigt und für 3. November einen weiteren Verhandlungstermin für eine Annäherung angeboten. Die Gewerkschaft vida beharrt jedoch weiterhin auf der Erfüllung ihrer Forderungen auf Punkt und Beistrich. Das bestehende Angebot der Arbeitgeber über plus 7% seitens

der Gewerkschaft nicht einmal für weitere Verhandlungen in Erwägung zu ziehen oder im Rahmen der angesetzten Betriebsversammlungen ernsthaft zu diskutieren, halten die Verhandler auf Arbeitgeberseite für nicht zielführend im Sinne einer verantwortungsvollen Sozialpartnerschaft und ernsthaft geführten Kollektivvertragsverhandlungen.

Zusätzlich wurde den Arbeitgebern ein Ultimatum gesetzt, bis zu welchem Zeitpunkt die vorliegenden Forderungen erfüllt sein sollten. "Wir haben unser bestehendes Angebot dem Sozialpartner nochmals persönlich übergeben und einen Terminvorschlag für weitere Verhandlungen gemacht. Auch das erfolglos, die Gewerkschaft dreht weiter an der Eskalationsschraube", so Scheiber.

Arbeitgeber wollen konstruktive Verhandlungen

Die Arbeitgeber appellieren an die Gewerkschaft, am 3. November an den Verhandlungstisch für konstruktive Gespräche zurückzukehren. Der Verhandlungsverlauf im Detail:

- Die Verhandlungen wurden bereits in der ersten Runde am 4. Oktober von Seiten der Gewerkschaft einseitig abgebrochen. Die offizielle Übergabe der Forderungen am 23. September 2022 war kein Verhandlungstermin.
- Seit der ersten Verhandlungsrunde am 4. Oktober gibt es ein bestehendes und aufrechtes Angebot der Arbeitgeberseite:
 - **Abgeltung der vollen Inflation.**
 - **Das bedeutet eine Erhöhung der Mindest- und Ist-Gehälter um plus 7%.**
- Die Hauptforderung der Gewerkschaft und ein Beharren auf ein Plus 500 EUR brutto mehr auf sämtliche Gehälter, bedeutet: ein durchschnittliches Plus von fast 18% und Mehrkosten für die Unternehmen von insgesamt mindestens 400 Millionen Euro.
- Vom Fachverband Schienenbahnen angebotene Folgetermine für weitere Gespräche werden seitens der Gewerkschaft abgelehnt. Stattdessen wurde den Arbeitgebern ein Ultimatum für die Erfüllung der Forderungen gestellt und unmittelbar Betriebsversammlungen und Abstimmungen über gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen organisiert.
- In einem persönlichen Gespräch der beiden Verhandlungsführer am 18.10. hat der Chefverhandler auf Arbeitgeberseite, Thomas Scheiber, das bestehende Arbeitgeber-Angebot über ein Gehalts-Plus von 7% schriftlich übergeben sowie einen Terminvorschlag für weitere Verhandlungen am 3. 11. unterbreitet. Beides erfolglos, die Gewerkschaft besteht weiterhin auf der Erfüllung ihrer Forderungen und der Organisation von Betriebsversammlungen zur Vorbereitung von Streikmaßnahmen.

Forderung der Gewerkschaft würde ein Plus von 18% bedeuten

Die Arbeitgeber appellieren ein weiteres Mal an die Verantwortung beider Sozialpartner, die Verhandlungen konstruktiv, auf Augenhöhe und mit dem Ziel eines fairen und raschen Gehaltsabschlusses zu führen. Nachdem die Gewerkschaft in ihrem Schreiben an die Arbeitgeber explizit erwähnt, auf Ihrer Forderung von plus 500 Euro brutto monatlich zu "beharren", scheint die derzeitige Ausgangslage für lösungsorientierte Gespräche schwierig.

Diese 500 Euro brutto auf alle Gehälter bedeuten ein durchschnittliches Gehaltsplus von 18%. "Eine Gehaltsforderung in dieser Höhe ist für unsere Branche nicht nur unfinanzierbar, sondern schlichtweg unrealistisch. Die Unternehmen können nicht mehr ausgeben, als sie einnehmen", so Scheiber.

Verantwortungsvolle Sozialpartnerschaft statt Eskalation

Auch die Arbeitgeber wollen einen guten, fairen und raschen Lohnabschluss und ihren Teil dazu beitragen, die Teuerung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzufedern. "Dass dieses Jahr und die aktuelle Situation dabei ganz besonders herausfordernd wird, ist uns allen klar. Daher sind wir bereits in der ersten Verhandlungsrunde proaktiv mit der vollen Abgeltung der Inflation und einem Gehalts-Plus von 7% an die Grenzen gegangen, die wirtschaftlich abbildbar und für die Unternehmen stemmbar sind", betont Scheiber. Für den Rundumschlag und die Rufe der Gewerkschaft nach einem Ende der Preissteigerungen für Energie sowie der Rekordteuerung bei Lebensmitteln, Treibstoffen, Mieten und Versicherungen seien Branchen-Verhandlungen aber die falsche Bühne. "Wir können diese Rufe natürlich nachvollziehen, schließlich treffen die immensen Energiekosten auch die Unternehmen mit voller Wucht. Eine gesamtgesellschaftliche Systemdiskussion muss die Gewerkschaft aber mit der verantwortlichen Politik führen. Sozialpartnerschaft hat hier ihre Grenzen und unsere Rolle auf beiden Seiten des Verhandlungstisches ist eine andere, das weiß auch die Gewerkschaft. Jetzt gehört nicht eskaliert und taktiert, sondern ernsthaft verhandelt und für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rasch ein Ergebnis auf den Tisch gebracht", so Scheiber abschließend.

Das könnte Sie auch interessieren

Baustelle, Neubau

WKÖ-Fachverband Immo: Premiere für Quartals-Updates zum 1. österreichischen Neubaubericht

2023 und 2024 stellen Bauträger noch ausreichend Wohnraum fertig, Rückgang im Jahr 2025 - WKÖ und Exploreal mit neuen Zahlen zur Neubau-Tätigkeit [➤ mehr](#)



Österreichische Reisebüros erfreut über chinesisches "Go" für Gruppenreisen

WKÖ-Fachverband der Reisebüros: Forderung nach bilateraler Lösung umgesetzt, wichtiger Herkunftsmarkt für das österreichische Incoming wieder "geöffnet" > mehr



WKÖ-Fischer fordert Inflationsbremse von Bundesministerin Gewessler

Bundesministerium heizt Inflation weiter an und bleibt Lösungen weitgehend schuldig - Aussetzung der Erhöhung von Maut und CO2-Preis dringend geboten > mehr